

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Henning Foerster, Fraktion DIE LINKE

Arbeit der Jobcenter und Optionskommunen des Landes, Sanktionen gegen Leistungsbeziehende, Beschwerden, Widersprüche und Klagen gegen Bescheide

und

ANTWORT

der Landesregierung

In den vergangenen Wochen gab es verschiedentlich Berichte über unhaltbare Zustände in deutschen Jobcentern. So deckte das „Team Wallraff“ beim Fernsehsender RTL mittels Undercover Reporter teils gravierende Probleme auf. In einem anderen Fall beschreibt ein Berliner Jobcenter-Mitarbeiter seine Erfahrungen in der Süddeutschen Zeitung vom 9. März 2015 unter dem Titel „Wir statten Arbeitgeber mit billigem Menschenmaterial aus“. Auf Antrag der Oppositionsfraktionen im Deutschen Bundestag hat sich der zuständige Ausschuss für Arbeit und Soziales bereits am 25.03.2015 mit dem Thema befasst.

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Verwendung eigentlich unzulässiger, interner Vermerke im internen System der Jobcenter und Optionskommunen in Mecklenburg-Vorpommern, bei denen im Zusammenhang mit Stellenanzeigen von Arbeitgebern „nur Deutsche“ oder „nur attraktive, junge Frauen“ zur Stellenbesetzung gewünscht werden?
 - a) Wie bewertet die Landesregierung derartige Vermerke vor dem Hintergrund der Regelungen im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)?
 - b) Inwieweit sind die Jobcenter und Optionskommunen angehalten, derartige Vermerke mit Blick auf die Regelungen des AGG zu unterlassen?

Die Fragen 1 und a) werden zusammenhängend beantwortet.

Die Verwendung derartiger Vermerke in Jobcentern Mecklenburg-Vorpommerns ist der Landesregierung nicht bekannt.

Zu b)

Nach Auskunft der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit (BA) gibt es in Bezug auf die Einhaltung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) entsprechende Weisungen, die sich nicht nur auf die Außendarstellung der Stellenangebote beziehen. Auch bei internen Vermerken findet das AGG Berücksichtigung und wird von den Vermittlungsfachkräften beachtet. Stellenangebote von Arbeitgebern, die entsprechende Hinweise enthalten, werden nicht aufgenommen. Der Arbeitgeber wird über den Verstoß gegen das AGG informiert und gleichzeitig zur Beachtung des AGG und der Chancengleichheit von allen Bewerberinnen und Bewerbern beraten. Die Einhaltung des AGG ist Bestandteil der internen Fachaufsicht der BA. In der Optionskommune wird analog verfahren.

2. Inwieweit plant die Landesregierung die, o. a. aktuelle Berichterstattung zu den Problemen in den Jobcentern und Optionskommunen zum Gegenstand der regelmäßigen Beratungen mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit zu machen?

Die Landesregierung sieht derzeit keinen Anlass für eine Thematisierung der oben angeführten Berichterstattung. Auf die Antwort zu den Fragen 1, a) und b) wird verwiesen.

3. Wie viele Beschwerden über die Arbeit der Jobcenter bzw. der Optionskommune in Mecklenburg-Vorpommern sind im Jahr 2014 direkt beim Ministerpräsidenten, bei der Landesregierung, dem Bürgerbeauftragten und dem Datenschutzbeauftragten eingegangen?

Im Jahr 2014 sind insgesamt 64 Beschwerden über die Arbeit der Jobcenter bei der Landesregierung, darunter auch beim Ministerpräsidenten, eingegangen.

Zu den Beschwerden, die beim Bürgerbeauftragten beziehungsweise Datenschutzbeauftragten eingegangen sind, liegen der Landesregierung keine Daten vor.

4. Wie hat sich die Anzahl der Sanktionen der Jobcenter und Optionskommunen in Mecklenburg-Vorpommern im Zusammenhang mit der Leistungsgewährung nach dem SGB II in den Jahren 2010 bis 2014 jährlich entwickelt (bitte nach Altersgruppen und Dauer und Grund der Sanktionierung sowie den prozentualen Anteil an Leistungsbeziehenden darstellen)?

Zeitreihen mit Daten entsprechend der Fragestellung liegen der Landesregierung nicht vor. Auf der Homepage der Bundesagentur für Arbeit werden monatlich Daten veröffentlicht, die Angaben zur Anzahl neu festgestellter Sanktionen nach Gründen und zu Sanktionen gegenüber erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (einschließlich der Quote bezogen auf alle erwerbsfähigen Leistungsberechtigten), auch nach Altersgruppen, enthalten. Sie sind über folgenden Link abrufbar: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Grundsicherung-fuer-Arbeitsuchende-SGBII/Sanktionen/Sanktionen-Nav.html>.

Die Dauer der Sanktionierung wird statistisch nicht ausgewiesen. Gemäß § 31 b (1) Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) beträgt die Dauer der Absenkung des Arbeitslosengeldes II drei Monate. Bei erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, kann der Träger die Dauer auf sechs Wochen verkürzen.

5. Wie haben sich die Anzahl der Widersprüche und Klagen gegen Bescheide der Jobcenter und Optionskommunen in Mecklenburg-Vorpommern in den Jahren 2010 bis 2014 jährlich entwickelt (bitte die Zahl der jährlichen Bescheide insgesamt für Mecklenburg-Vorpommern sowie je Landkreis und kreisfreier Stadt sowie die Anzahl der Widersprüche und Klagen insgesamt für Mecklenburg-Vorpommern sowie je Landkreis bzw. kreisfreier Stadt und nach Sachgruppen für die Widersprüche bzw. Klagen (z. B. Kosten der Unterkunft und Heizung) darstellen?

Daten zur Anzahl der Widersprüche nach Sachgruppen und Landkreisen/kreisfreien Städten liegen nach Angaben der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit nur für 2013 und 2014 vor und sind den nachfolgenden Übersichten zu entnehmen. Ein Bezug zu der Zahl der ergangenen Bescheide wird statistisch nicht erfasst. Die ausgewiesenen Bestandsdaten beinhalten auch immer nicht abgeschlossene Verfahren aus den Vorjahren.

Bestand an Widersprüchen nach Sachgebieten¹⁾²⁾
Mecklenburg-Vorpommern (Gebietsstand: Februar 2015)

	Bestand Widersprüche											
	Ins- ge- sam	davon (Spalte 1)										
		Zu- gangs- vo- raus- set- zung SGB II	Ein- kom- men/ Ver- mö- gen	Leis- tungen zur Ein- glie- de- rung in Ar- beit	Regel- lei- stung/ Mehr- be- darfe	Kos- ten für Un- ter- kunft und Hei- zung	son- stige Leis- tungen zum Le- bens- unter- halt	Sank- tio- nen	Auf- he- bung und Er- stat- tung	Ver- pflich- tung ande- rer	Un- tätig- keit	ande- re Grün- de
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Jahresdurchschnitt 2013												
Hansestadt Rostock	534	35	99	17	41	39	15	40	202	2	-	45
Landkreis Rostock	675	72	222	16	33	118	16	24	99	5	-	69
Schwerin	341	18	50	5	6	59	12	20	117	-	-	55
Mecklenburgi- sche Seenplatte	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Nordwest- mecklenburg	454	17	59	11	9	73	10	24	141	1	-	110
Vorpommern- Greifswald	1.195	37	220	29	30	278	19	39	316	0	-	227
Vorpommern- Rügen	929	28	196	12	34	183	63	26	206	-	-	181
Ludwigslust- Parchim	509	24	85	10	24	109	17	24	145	1	-	71

	Bestand Widersprüche											
	Ins- ge- sam	davon (Spalte 1)										
		Zu- gangs- vo- raus- set- zung SGB II	Ein- kom- men/ Ver- mö- gen	Leis- tungen zur Ein- glie- de- rung in Ar- beit	Regel- leis- tung/ Mehr- be- darfe	Kos- ten für Un- ter- kunft und Hei- zung	son- stige Leis- tungen zum Le- bens- un- ter- halt	Sank- tio- nen	Auf- he- bung und Er- stat- tung	Ver- pflich- tung ande- rer	Un- tät- igkeit	ande- re Grün- de
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Mecklenburg- Vorpommern	6.060	267	1.222	136	231	1.080	275	259	1.666	13	-	910
Jahresdurchschnitt 2014												
Hansestadt Rostock	502	18	83	13	65	40	14	35	184	2	-	48
Landkreis Rostock	793	72	184	15	39	132	25	25	221	8	-	72
Schwerin	389	19	55	7	8	58	14	35	134	4	-	57
Mecklenburgi- sche Seenplatte	1.132	92	233	25	55	164	22	46	333	3	-	159
Nordwest- mecklenburg	305	14	44	6	10	42	9	10	92	-	-	80
Vorpommern- Greifswald	1.334	40	226	28	33	307	18	48	393	1	-	240
Vorpommern- Rügen	664	20	76	13	26	116	80	22	176	-	-	137
Ludwigslust- Parchim	407	15	72	6	20	86	12	18	118	1	-	59
Mecklenburg- Vorpommern	5.526	290	972	112	254	944	194	239	1.652	18	-	851

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

- ¹⁾ Derzeit werden Verfahren gegen das Sachgebiet Bildung und Teilhabe nicht berücksichtigt, da diese Information noch nicht flächendeckend geliefert wird und dadurch eine regionale und zeitliche Vergleichbarkeit der Ergebnisse nicht gewährleistet werden kann.
- ²⁾ In der Kategorie „andere Gründe“ sind enthalten die übrigen Sachgebiete Aufrechnung, Abführung an Dritte, Mitwirkung, Überprüfungsantrag sowie keine Angabe-Fälle.
- x Es können keine plausiblen Werte ausgewiesen werden.

Daten zur Anzahl der Klagen nach Sachgruppen und Landkreisen/kreisfreien Städten liegen nach Angaben der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit nur für 2013 und 2014 vor und sind den nachfolgenden Übersichten zu entnehmen. Ein Bezug zu der Zahl der ergangenen Bescheide wird statistisch nicht erfasst. Die ausgewiesenen Bestandsdaten beinhalten auch immer nicht abgeschlossene Verfahren aus den Vorjahren.

Bestand an Klagen nach Sachgebieten¹⁾²⁾
Mecklenburg-Vorpommern (Gebietsstand: Februar 2015)

	Bestand Klagen											
	Insgesamt	davon (Spalte 1)										
		Zugangsvoraussetzung SGB II	Einkommen/Vermögen	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	Regelleistung/Mehrbedarfe	Kosten für Unterkunft und Heizung	sonstige Leistungen zum Lebensunterhalt	Sanktionen	Aufhebung und Erstattung	Verpflichtung anderer	Untätigkeitsklage	andere Gründe
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Jahresdurchschnitt 2013												
Hansestadt Rostock	754	37	87	34	94	49	21	66	265	2	1	97
Landkreis Rostock	1.013	34	327	25	72	143	19	51	141	10	1	189
Schwerin	854	33	89	9	19	115	40	21	270	-	3	254
Mecklenburgische Seenplatte	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Nordwestmecklenburg	1.876	65	304	27	67	195	25	71	358	1	-	764
Vorpommern-Greifswald	2.046	61	190	29	55	305	36	60	355	2	66	887
Vorpommern-Rügen	1.118	43	180	25	128	149	28	33	233	4	15	280
Ludwigslust-Parchim	1.839	132	251	37	167	309	29	57	359	4	1	491
Mecklenburg-Vorpommern	11.361	496	1.882	217	723	1.591	286	414	2.249	31	173	3.299
Jahresdurchschnitt 2014												
Hansestadt Rostock	660	29	68	31	83	43	16	53	235	3	1	100
Landkreis Rostock	966	38	269	26	51	182	24	54	160	11	1	152
Schwerin	873	36	84	10	25	129	33	34	267	4	3	249
Mecklenburgische Seenplatte	1.869	121	402	27	92	175	19	47	256	8	85	638
Nordwestmecklenburg	2.006	64	291	26	51	220	25	67	455	5	-	802
Vorpommern-Greifswald	1.905	65	172	20	54	341	29	44	352	1	48	778

	Bestand Klagen											
	Insgesamt	davon (Spalte 1)										
		Zu- gangs- vo- raus- set- zung SGB II	Ein- kom- men/ Ver- mö- gen	Leis- tun- gen zur Ein- glie- de- rung in Ar- beit	Regel- leis- tung/ Mehr- be- darfe	Kos- ten für Un- ter- kunft und Hei- zung	son- stige Leis- tun- gen zum Le- bens- un- ter- halt	Sank- tio- nen	Auf- he- bung und Er- stat- tung	Ver- pflich- tung ande- rer	Un- tätig- keits- klage	ande- re Grün- de
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Vorpommern- Rügen	1.193	35	141	18	117	198	72	36	229	2	15	331
Ludwigslust- Parchim	1.750	131	233	38	140	293	32	71	357	4	-	452
Mecklenburg- Vorpommern	11.223	518	1.659	196	612	1.580	250	406	2.310	39	152	3.502

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Derzeit werden Verfahren gegen das Sachgebiet Bildung und Teilhabe nicht berücksichtigt, da diese Information noch nicht flächendeckend geliefert wird und dadurch eine regionale und zeitliche Vergleichbarkeit der Ergebnisse nicht gewährleistet werden kann.

²⁾ In der Kategorie „andere Gründe“ sind enthalten die übrigen Sachgebiete Aufrechnung, Abführung an Dritte, Mitwirkung, Überprüfungsantrag sowie keine Angabe-Fälle.

x Es können keine plausiblen Werte ausgewiesen werden.

Weiter zurückgehende Angaben zu Klagen liefern statistische Daten in der Sozialgerichtsbarkeit (SG-Statistik). Die Erhebung enthält statistische Daten über Verfahren (Eingangsdaten) vor den Sozialgerichten und dem Landessozialgericht. Die Angaben aus der SG-Statistik werden jedoch nicht nach Jobcentern und Optionskommunen bzw. Landkreisen und kreisfreien Städten, sondern nach Gerichtsbezirken statistisch erhoben. Auch ist keine Ausweisung von Sachgruppen im Sinne der Fragestellung möglich.

Die SG-Statistik ist nach folgenden Sachgebietschlüsseln und Einzelsachgebieten unterteilt:

Sachgebietschlüssel: Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit

Sachgebietschlüssel: Angelegenheiten nach dem SGB II sowie §§ 6 a und 6 b Bundeskindergeldgesetz (BKGG)

Einzelsachgebiet: Angelegenheiten nach dem SGB II

Einzelsachgebiet: Angelegenheiten nach §§ 6 a und 6 b BKGG

Die Angelegenheiten nach § 6 a BKGG wurden erst ab dem Jahr 2011 erhoben, die Angelegenheiten nach §§ 6 a und 6 b BKGG wurden erst ab dem Jahr 2012 erhoben.

In den nachfolgenden Tabellen werden die Eingänge bei den Gerichten nach den Sachgebietschlüsseln und den Einzelsachgebieten ausgewiesen.

Sozialgerichte**a) Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit**

Sozialgerichte	Neubrandenburg	Rostock	Schwerin	Stralsund	Land insgesamt
1. Klageverfahren					
Eingänge 2010	252	221	210	280	963
Eingänge 2011	141	146	110	251	648
Eingänge 2012	256	178	157	263	854
Eingänge 2013	194	141	174	183	692
Eingänge 2014	164	154	127	149	594
2. Eilverfahren					
Eingänge 2010	14	11	11	8	44
Eingänge 2011	12	11	9	13	45
Eingänge 2012	6	9	9	8	32
Eingänge 2013	10	10	7	10	37
Eingänge 2014	7	8	11	5	31

b) Angelegenheiten nach dem SGB II sowie §§ 6 a und 6 b BKGG

Sozialgerichte	Neubrandenburg	Rostock	Schwerin	Stralsund	Land insgesamt
1. Klageverfahren					
Eingänge 2010	2.446	1.656	2.928	1.483	8.513
Eingänge 2011	2.823	1.449	2.481	1.353	8.106
Eingänge 2012	2.182	1.170	2.023	1.120	6.495
Eingänge 2013	1.738	968	1.952	953	5.611
Eingänge 2014	1.476	844	1.698	1.062	5.080
2. Eilverfahren					
Eingänge 2010	302	276	388	167	1.133
Eingänge 2011	253	239	427	233	1.152

Sozialgerichte	Neubrandenburg	Rostock	Schwerin	Stralsund	Land insgesamt
Eingänge 2012	170	170	389	138	891
Eingänge 2013	152	183	344	138	817
Eingänge 2014	133	163	350	161	807

c) **Angelegenheiten nach dem SGB II**

Sozialgerichte	Neubrandenburg	Rostock	Schwerin	Stralsund	Land insgesamt
1. Klageverfahren					
Eingänge 2011	2.806	1.418	2.460	1.344	8.028
Eingänge 2012	2.170	1.153	2.004	1.109	6.436
Eingänge 2013	1.732	960	1.925	947	5.564
Eingänge 2014	1.466	833	1.678	1.055	5.032
2. Eilverfahren					
Eingänge 2011	205	175	348	158	886
Eingänge 2012	168	170	389	131	858
Eingänge 2013	151	182	344	138	815
Eingänge 2014	133	163	349	161	806

d) **Angelegenheiten nach § 6 a BKKG**

Sozialgerichte	Neubrandenburg	Rostock	Schwerin	Stralsund	Land insgesamt
1. Klageverfahren					
Eingänge 2011	16	31	18	7	72
2. Eilverfahren					
Eingänge 2011	1	0	1	0	2

e) **Angelegenheiten nach §§ 6 a und 6 b BKKG**

Sozialgerichte	Neubrandenburg	Rostock	Schwerin	Stralsund	Land insgesamt
1. Klageverfahren					
Eingänge 2012	10	17	19	6	52
Eingänge 2013	8	8	27	5	48
Eingänge 2014	8	11	19	5	43
2. Eilverfahren					
Eingänge 2012	1	0	0	0	1
Eingänge 2013	1	1	0	0	2
Eingänge 2014	0	0	1	0	1

Landessozialgericht Mecklenburg-Vorpommern**a) Berufungsverfahren (Eingänge)**

Berichtsjahr	2010	2011	2012	2013	2014
Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	58	87	72	63	38
Angelegenheiten nach dem SGB II	190	184	213	163	261
Angelegenheiten nach § 6 a BKKG (Berichtsjahr 2011)		3			
Angelegenheiten nach §§ 6 a und 6 b BKKG (ab dem Berichtsjahr 2012)			5	1	0

b) Verfahren im einstweiligen Rechtsschutz nach § 86 b Sozialgerichtsgesetz (SGG) (Eingänge)

Berichtsjahr	2010	2011	2012	2013	2014
Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	0	0	0	0	0
Angelegenheiten nach dem SGB II	6	2	1	0	0
Angelegenheiten nach § 6 a BKKG (Berichtsjahr 2011)		0			
Angelegenheiten nach §§ 6 a und 6 b BKKG (ab dem Berichtsjahr 2012)			0	0	0

c) Geschäftsentwicklung der Beschwerden gegen Entscheidungen über die Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz (Eingänge)

Berichtsjahr	2010	2011	2012	2013	2014
Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	4	8	6	6	2
Angelegenheiten nach dem SGB II	135	141	130	121	133
Angelegenheiten nach § 6 a BKKG (Berichtsjahr 2011)		1			
Angelegenheiten nach §§ 6 a und 6 b BKKG (ab dem Berichtsjahr 2012)			0	0	1

d) Beschwerdeverfahren vor dem Landessozialgericht ohne Beschwerden gegen Entscheidungen über Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz (Eingänge)

Berichtsjahr	2010	2011	2012	2013	2014
Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	20	13	17	14	12
Angelegenheiten nach dem SGB II	242	245	225	283	274
Angelegenheiten nach § 6 a BKKG (Berichtsjahr 2011)		3			
Angelegenheiten nach §§ 6 a und 6 b BKKG (ab dem Berichtsjahr 2012)			0	1	0

e) erstinstanzliche Klageverfahren nach § 29 Abs. 2 Nrn. 1 bis 3, Abs. 3 und 4 SGG (Eingänge)

Berichtsjahr	2010	2011	2012	2013	2014
Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	3	2	0	0	0
Angelegenheiten nach dem SGB II	0	0	2	0	1
Angelegenheiten nach § 6 a BKKG (Berichtsjahr 2011)	 	0	 	 	
Angelegenheiten nach §§ 6 a und 6 b BKKG (ab dem Berichtsjahr 2012)	 	 	0	0	0

f) Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz nach § 29 Abs. 2 Nrn. 1 bis 3, Abs. 3 und 4 SGG (Eingänge)

Berichtsjahr	2010	2011	2012	2013	2014
Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	0	0	0	0	0
Angelegenheiten nach dem SGB II	1	0	1	0	3
Angelegenheiten nach § 6 a BKKG (Berichtsjahr 2011)	 	0	 	 	
Angelegenheiten nach §§ 6 a und 6 b BKKG (ab dem Berichtsjahr 2012)	 	 	0	0	0